

Dathe, Dietmar; Schmid, Günther

Article — Digitized Version

Dynamik der Dienstleistungsbeschäftigung: Ballungsregionen in der Krise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Dathe, Dietmar; Schmid, Günther (2000) : Dynamik der Dienstleistungsbeschäftigung: Ballungsregionen in der Krise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 80, Iss. 5, pp. 284-288

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40486>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Dietmar Dathe, Günther Schmid

Dynamik der Dienstleistungsbeschäftigung: Ballungsregionen in der Krise

Die gegenwärtige Beschäftigungskrise betrifft vor allem Ballungsregionen. Aber nicht alle Regionen schneiden gleichermaßen schlecht ab. Welche Rolle spielt die Vernetzung wissensintensiver Dienstleistungen und Industrien für eine erfolgreiche Krisenbewältigung?

In seinem 1954 erschienen Buch „Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts“ begründete Fourastié¹ die Möglichkeit einer dauerhaften Lösung des Beschäftigungsproblems: Der Entwicklungsprozess von Volkswirtschaften ist demnach die Abfolge von einem primären (Dominanz der Landwirtschaft), über ein sekundäres (Dominanz der Industrieproduktion) bis hin zu einem tertiären Stadium (Dominanz des Dienstleistungssektors). Das vom technischen Fortschritt getriebene Wachstum (und die entsprechende Einkommenssteigerung) einerseits und die geringeren Möglichkeiten zur Arbeitersparnis im Bereich der Dienstleistungen andererseits gestatten es, die vom Industriesektor freigesetzten Arbeitskräfte hier dauerhaft zu absorbieren.

Bekannt unter der „Kostenkrankheit“ hat Baumol 1967² die zentrale These formuliert: Gerade der mangelnde technische Fortschritt bei vielen Dienstleistungen sowie die Anpassung der Löhne an die technisch fortschrittlichen Sektoren müsse dazu führen, dass der tertiäre Sektor mit zunehmendem Gewicht einen immer größeren Teil der gesellschaftlichen Wertschöpfung aufzehre. Die Schwelle sei in den Ballungsräumen schon überschritten („urban crisis“), so dass viele der hochgeschätzten Dienstleistungen – insbesondere im Bereich der Kultur, Bildung und städtischen Infrastruktur – nicht mehr oder allenfalls nur noch für eine Elite bezahlbar seien.

Der Verlauf der weiteren Entwicklung scheint eher Fourastié recht zu geben: Einerseits sind es gerade jene Staaten (z.B. USA, Dänemark, Niederlande) mit einem hohen Tertiärisierungsgrad ihrer Volkswirtschaften, denen es gelungen scheint, ihre Beschäftigungsprobleme dauerhaft zu lösen. Andererseits sind viele unternehmensnahe Dienstleistungen selbst zum Träger des technischen Fortschritts und der Einkommenssteigerung geworden, stellen sie doch den maß-

geblichen Faktor für das jeweilige nationale Innovationspotential dar. Gleichzeitig sind es auch diejenigen Staaten, die sich am weitesten vom Modell der industriellen Massenfertigung entfernt haben, in denen haushalts- und personennahe Dienstleistungen eine bedeutende Rolle bei der Lösung des Beschäftigungsproblems spielen. Es stellt sich daher die Frage, welche Bedingungen Fourastiés Voraussetzung einer kontinuierlichen Einkommenssteigerung erfüllen und gleichzeitig Baumols Problem der „Kostenkrankheit“ lösen.

Ein möglicher Zugang zur Beantwortung dieser Frage ist der Blick auf die regionale Beschäftigungsdynamik³. Es ist davon auszugehen, dass von den Regionen im Zuge der Globalisierung zunehmend eine eigenständige Rolle als Wirtschaftsakteure verlangt wird. Ein solcher Blickwinkel kann auch in der Debatte um Notwendigkeit und Ausmaß des (De-)Regulierungsbedarfs hilfreich sein: Wenn die regionale Beschäftigungsentwicklung trotz eines einheitlichen nationalen Regulierungsrahmens sehr unterschiedlich ist, verweist dies auf regional nutzbare oder aber noch nicht ausgeschöpfte Spielräume in der Struktur- und Beschäftigungspolitik. Im folgenden geben wir zu-

¹ Vgl. J. Fourastié: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, zweite Auflage (erste Auflage 1954), Bund Verlag, Köln 1969.

² Vgl. W. J. Baumol: Macroeconomics of Unbalanced Growth, in: The American Review, Vol. 57, 1967, S. 415-426.

³ Vgl. dazu ausführlich D. Dathe, G. Schmid: Determinants of Business and Personal Services: Evidence from the German Regions, Discussion Paper des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB-Bestellnummer FS I 00 2).

⁴ Datenbasis der folgenden Darstellungen bildet die „Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“ der Bundesanstalt für Arbeit. In der Regionaldatenbank Arbeitsmarkt WZB/AB sind ab 1977 die Jahreserhebungen (Stichtag 30.6.) für alle Arbeitsamtsbezirke, gegliedert nach 94 Wirtschaftszweigen, Stellung im Beruf, Geschlecht und Staatsangehörigkeit enthalten. Für regionale Vergleiche bietet die „Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“ viele Vorteile, zum Beispiel auch die Verknüpfung mit arbeitsmarktpolitischen Daten. Ein Nachteil ist darin zu sehen, dass nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, also Selbstständige, Beamte und geringfügig Beschäftigte nicht in dieser Statistik enthalten sind; auch Verknüpfungen mit Einkommensdaten und differenzierten Wohnbevölkerungsdaten sind (in der Berliner Datenbank) noch nicht möglich. Wegen der Schwierigkeit zu behandelnden Besonderheiten musste diese Studie auf die Einbeziehung Berlins und der ostdeutschen Regionen verzichten. Eine für Berlin spezifische Auswertung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Prof. Dr. Günther Schmid, 58, ist Direktor der Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin; Dr. Dietmar Dathe, 46, ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Tabelle 1
Beschäftigungsgewinne und -verluste 1977-1998¹
(in %)

	Bundes- gebiet (W)	Ballungs- Regionen	Übrige Regionen
Insgesamt			
Beschäftigungsverluste	-8,5	-11,5	-6,3
Beschäftigungsgewinne	19,8	19,3	20,5
Saldo	11,3	7,8	14,2
Relation ²	2,32	1,68	3,36
Anteil der Frauen an			
Beschäftigungsverlusten	31,3	29,9	33,2
Beschäftigungsgewinnen	64,3	59,9	67,8
Saldo	91,7	108,5	83,8
Sektorale Struktur der			
Beschäftigungsverluste	100	100	100
Primärer Sektor	9,0	0,1	21,9
Wissensintensive Industriezweige	15,8	20,2	9,5
Übrige Industriezweige	62,6	66,1	57,2
Bau	12,6	13,6	11,4
Sektorale Struktur der			
Beschäftigungsgewinne			
Dienstleistungen	100	100	100
Unternehmensnahe Dienste	36,4	45,5	29,0
Wissensintensive Dienste	21,7	27,1	17,4
Andere Dienste	14,7	18,4	11,6
Distributive Dienstleistungen	14,4	9,8	18,2
Konsumtive Dienstleistungen	5,9	6,4	5,5
Soziale Dienstleistungen	42,3	38,0	45,9
Staatliche Dienstleistungen	1,0	0,3	1,4

¹ Ohne Berlin und Ostdeutschland. ² Relation zwischen Beschäftigungsgewinnen und -verlusten.

Datenbasis: Regionaldatenbank Arbeitsmarkt am WZB/AB.

nächst die allgemeinen Entwicklungstrends der letzten beiden Dekaden in Westdeutschland wider, betrachten dann die Differenzierungen zwischen Ballungsregionen und übrigen Regionen, interpretieren die gefunden Unterschiede mit Theorien der sektoralen Clusterbildung und schließen mit Politikempfehlungen.

Allgemeine Entwicklungstrends

Im Zeitraum von 1977 bis 1998 gingen in Westdeutschland 1,6 Mill. Arbeitsplätze (das sind 8,5% bezogen auf den Stand von 1977) verloren⁴. Diesem Beschäftigungsabbau stand ein Zunahme von 3,8 Mill. Beschäftigten im Dienstleistungssektor gegenüber. Per Saldo nahm damit die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis 1998 um 2,2 Millionen zu. Somit bestätigt sich auch für Westdeutschland die These vom Dienstleistungssektor als „Jobmaschine“. Das Problem scheint daher weniger die Richtung des Strukturwandels als vielmehr das mangelnde Tempo dieser Entwicklung zu sein, worauf nicht zuletzt die seit 1977 stetig gestiegenen Arbeitslosen Zahlen verweisen. Weiterhin bestätigen die Werte, dass der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft insbesondere für Frauen Integrationschancen

in das Erwerbssystem eröffnet: Fast zwei Drittel aller zusätzlichen Beschäftigtenverhältnisse entfielen auf Frauen; da Frauen gleichzeitig unterproportional vom Beschäftigungsabbau betroffen waren, beträgt ihr Anteil an der positiven Jobbilanz sogar fast 92% (Tabelle 1)⁵.

Mehr als drei Viertel aller Beschäftigungsverluste entfielen auf den Industriesektor. Beschäftigungsverluste sind sowohl für wissensintensive als auch für die anderen Industriezweige (hier aber deutlich stärker) zu verzeichnen. Unter dem Stichwort „wissensintensiv“ wurden solche Industriezweige zusammengefasst, in denen ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Beschäftigten mit akademischer oder ingenieurwissenschaftlicher Ausbildung tätig ist. Dazu zählen die Chemische Industrie, Maschinen-, Straßen- und Luftfahrzeugbau, Elektrotechnik, Büromaschinen/EDV und Feinmechanik/Optik. Beschäftigungsverluste in den wissensintensiven Industriezweigen sind jedoch nicht unbedingt ein Indikator für sinkende Wettbewerbsfähigkeit. Der gerade hier bestehende starke internationale Wettbewerbsdruck erzwingt eine überdurchschnittlich hohe Arbeitsproduktivität, in dessen Folge es sektoral partiell zur Entkopplung von Beschäftigung und Produktionszuwachs kommen kann. Im gleichen Maße erhöht sich die beschäftigungspolitische Rolle des Dienstleistungssektors.

Von den insgesamt im Dienstleistungssektor entstandenen neuen Arbeitsplätzen entfielen 42,3% auf soziale Dienstleistungen und 36,4% auf unternehmensnahe Dienstleistungen. Soziale Dienstleistungen umfassen Bereiche wie das Bildungs- und Gesundheitswesen, Kinder- und Altenbetreuungseinrichtungen in öffentlicher und privater Hand. Innerhalb der unternehmensnahen Dienstleistungen dominierten mit einem Anteil von 60% (21,7% am gesamten sektoralen Beschäftigungsgewinn von 36%) wissensintensive unternehmensnahe Dienstleistungen. Dazu zählen Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsdienstleistungen, Technische Dienste und Beratung sowie Werbung, also wiederum diejenigen Zweige, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Hochschulabsolventen beschäftigen. Die staatlichen Dienstleistungen trugen in der Gesamtperiode kaum noch zum Jobwachstum bei, in jüngster Zeit gehören sie sogar zu den großen Verlierern.

Regionale Entwicklungstrends

Spuren der Baumolschen „Kostenkrankheit“ lassen sich allerdings in der regionalen Differenzierung der

⁵ Der Anteil weiblicher Beschäftigter am Beschäftigungssaldo der Ballungsregionen in Höhe von 108,5%, erklärt sich daraus, dass die Zahl männlicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter gegenüber 1977 um 1,1% abnahm, gleichzeitig aber die Zahl weiblicher sozialversicherungspflichtig Beschäftigter um 22,3% anstieg.

Tabelle 2
Zusammensetzung der Ballungsregionen und Beschäftigtenanteile 1998

(in %)

Ballungsregionen	Einbezogene Arbeitsamtsbezirke	Beschäftigtenanteile
Hamburg	Hamburg, Bad Oldesloe, Elmshorn, Lüneburg	5,2
Bremen	Bremen, Bremerhaven, Oldenburg, Verden	2,8
Hannover	Hannover, Celle, Hameln, Nienburg	3,2
Essen	Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Oberhausen	3,1
Düsseldorf	Düsseldorf, Wuppertal	3,1
Köln	Köln, Bergisch Gladbach, Bonn, Brühl, Düren, Solingen	6,1
Frankfurt/Main	Frankfurt, Darmstadt, Hanau, Offenbach, Wiesbaden	6,6
Rhein-Neckar	Heidelberg, Ludwigshafen, Mannheim, Neustadt	3,1
Stuttgart	Stuttgart, Göppingen, Ludwigsburg, Waiblingen	5,0
Nürnberg	Nürnberg, Bamberg, Weißenburg	3,1
München	München, Freising, Rosenheim	5,5
Ballungsregionen insgesamt		46,8
Übrige Regionen		53,2
Bundesgebiet (W)		100

Datenbasis: Regionaldatenbank Arbeitsmarkt am WZB/AB.

Beschäftigungsentwicklung erkennen: Der Beschäftigungsverlust fiel in den westdeutschen Ballungsregionen gegenüber den übrigen Regionen fast doppelt so hoch aus (Tabelle 1). Als Ballungsräume wurden die elf – hinsichtlich der Beschäftigtenzahl – größten Regionen ausgewählt (Tabelle 2); ihre Abgrenzung (auf der Basis von Arbeitsamtsbezirken) erfolgte unter Berücksichtigung der Pendlerverflechtungen, so dass es sich jeweils um funktional integrierte Arbeitsmärkte handelt.

Mit Hilfe einer „Shift-Share-Analyse“ läßt sich die Bedeutung des Standorteffektes für die Beschäftigungsentwicklung quantifizieren. Dabei wird gefragt, welche hypothetische Beschäftigungsentwicklung aus der sektoralen Beschäftigtenstruktur resultieren müsste, wenn die Entwicklung in allen Regionen gleichermaßen verlaufen wäre. Die positive oder negative Differenz zum tatsächlichen Beschäftigungswachstum wird dann dem Standorteffekt zugerechnet (Tabelle 3). Dabei zeigte sich, dass der Standorteffekt in den Ballungsräumen – im Unterschied zu den übrigen Regionen – insgesamt negativ ausfiel. Diese Entwicklung entspricht der klassischen Standorttheorie (Faktorausgleichstheorem), wonach steigende Agglomerationskosten (Immobilienpreise, Verkehrsprobleme, Umweltverschmutzung u.a.) die Standortattraktivität von Ballungsräumen sinken lassen. Der überdurchschnittlich hohe Anteil wissensintensiver Industriezweige am Beschäftigungsverlust in den

Tabelle 3
Komponenten der Beschäftigungsentwicklung insgesamt

(in %)

1977-1998	Standorteffekt	Struktureffekt	Gesamteffekt
München	1,2	20,4	21,6
Stuttgart	0,0	9,8	9,8
Nürnberg	-0,3	8,2	7,9
Rhein-Neckar	-3,2	10,7	7,5
Bremen	-5,6	14,3	8,7
Köln	-6,0	14,5	8,5
Frankfurt	-7,7	17,7	10,0
Hannover	-10,8	16,6	5,8
Düsseldorf	-11,3	15,5	4,2
Hamburg	-13,4	20,4	7,0
Essen	-23,7	11,6	-12,1
Ballungsregionen ¹	-7,1	14,9	7,8
Übrige Regionen	3,5	10,7	14,2
Bundesgebiet (West) ¹	0,0	11,3	11,3

1977-1989	Standorteffekt	Struktureffekt	Gesamteffekt
Stuttgart	5,4	9,5	14,9
München	4,7	13,4	18,1
Nürnberg	-0,8	8,1	7,3
Rhein-Neckar	-2,1	9,9	7,8
Frankfurt	-2,4	12,1	9,7
Bremen	-3,9	9,5	7,0
Düsseldorf	-4,3	10,4	6,1
Köln	-5,1	10,8	5,7
Hannover	-8,5	11,6	3,1
Hamburg	-8,9	12,0	3,1
Essen	-15,7	9,0	-6,7
Ballungsregionen ¹	-3,4	10,7	7,3
Übrige Regionen	2,7	7,4	10,1
Bundesgebiet (West) ¹	0,0	8,8	8,8

1989-1998	Standorteffekt	Struktureffekt	Gesamteffekt
Köln	-0,8	3,4	2,6
Nürnberg	-1,0	1,6	0,6
Rhein-Neckar	-1,5	1,2	-0,3
Bremen	-1,7	4,6	2,9
Hannover	-1,8	4,4	2,6
München	-3,3	6,3	3,0
Hamburg	-3,4	7,2	3,8
Frankfurt	-4,6	4,9	0,3
Stuttgart	-4,6	0,2	-4,4
Düsseldorf	-6,5	4,7	-1,8
Essen	-9,1	3,3	-5,8
Ballungsregionen ¹	-3,5	4,0	0,5
Übrige Regionen	2,1	0,8	3,7
Bundesgebiet (West) ¹	0,0	2,2	2,2

¹ Ohne Berlin.

Datenbasis: Regionaldatenbank Arbeitsmarkt am WZB/AB.

Ballungsräumen zeigt an, dass gerade diese Industriezweige sehr „sensibel“ auf solche Veränderungen reagieren. Verstärkt wird dieser Prozess durch die (zumindest leicht) sinkende Bedeutung des Faktors räumlicher Nähe (Fühlungsvorteile, Marktgröße, Marktdiversifizierung) infolge der Ausbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien.

Innerhalb der Ballungsräume stellen sich jedoch erhebliche Unterschiede heraus, und auch im Zeitverlauf ändert sich in einigen Regionen das Gewicht des

Standortfaktors deutlich. Wiesen Stuttgart und München als einzige Regionen in den 80er Jahren noch positive Standortfaktoren auf, haben beide Regionen in den 90er Jahren eine deutliche Verschlechterung ihrer Position erfahren. Insbesondere die Verschlechterung des Standortfaktors in Stuttgart lässt auf Krisenerscheinungen des einstmals renommierten Modells Baden-Württemberg schließen. Mit besonders ungünstigen und dauerhaft schlechten Standortbedingungen hat offenbar der Ballungsraum um Essen zu kämpfen. Dagegen ist das in den 80er Jahren deutlich erkennbare Nord-Süd-Gefälle nicht mehr so ausgeprägt. Die regional-spezifischen Standortbedingungen haben sich in einigen Regionen nördlich des Rheins deutlich verbessert, so in Köln, Bremen und Hamburg; vergleichsweise günstige Standortbedingungen weist dauerhaft der Ballungsraum Nürnberg auf.

Aus dem relativ kleinen Durchschnittswert des Standortfaktors gegenüber dem Strukturfaktor darf nicht auf seine geringe Bedeutung für das Wachstum der Gesamtbeschäftigung geschlossen werden. Gemessen an den Korrelationen von 0,97 (1977-1989) und 0,74 (1989-1998) ist der Zusammenhang zwischen Standorteffekt und der Beschäftigungsdynamik insgesamt außerordentlich stark. Selbst eine geringfügige Verbesserung (oder Verschlechterung) des Standortfaktors hat offenbar eine große Hebelwirkung für eine nachhaltig positive (oder negative) Beschäftigungsentwicklung. Deshalb ist es von Interesse, was sich hinter dieser Residualgröße „Standortfaktor“ neben den schon genannten Standortproblemen von Agglomerationen genauer verbirgt.

Innovative Cluster

Die explorativ angelegte Studie konnte hierzu nur einige Hypothesen formulieren. Die Netzwerkthese hat dabei besonders hohe Plausibilität. So lässt z.B. der hohe Anteil von unternehmensnahen Dienstleistungen am Beschäftigungszuwachs (Tabelle 1) vermuten, dass Ballungsräume in dieser Hinsicht spezifische Standortvorteile aufweisen. Diese Hypothese wird durch die mannigfachen Diskussionsbeiträge zu „Industrial Districts“ und „Lokalen ökonomischen Netzwerken“ gestützt⁶. Diese Erklärungsansätze berücksichtigen die Interaktion zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren, das institutionelle Gefüge und die regionalspezifischen Wirtschaftskulturen bei der Interpretation regionaler Unterschiede. Der Erfolg derartiger „Industrial Districts“ wird vor allem im spezifischen (regionalen) Mix aus Industrie- und Dienstleistungsbetrieben gesehen, die wechselseitig posi-

ve Rückkopplungseffekte bewirken und sich in einem kumulativen Prozess verstärken. Dabei wird den unternehmensnahen Dienstleistungen als Katalysatoren des Strukturwandels eine hohe Bedeutung zugemessen. Ein noch relativ junger Erklärungsansatz stellt „innovative Milieus“ bzw. „innovative Netzwerke“ heraus⁷.

Gemeinsam ist diesen Ansätzen die Frage, welche Faktoren innovationsfördernde Bedingungen hervorrufen. Für die Beantwortung dieser Fragestellung wird der Regionalansatz (Milieu) mit dem Akteursansatz (Netzwerk) verknüpft. Ausgangspunkt erfolgreicher Interaktion sind entweder Unternehmensnetzwerke in einem Branchenmilieu (z.B. Medien, Verkehrstechnologie) und/oder Politiknetzwerke in einem Akteursmilieu (z.B. Regionalkonferenzen, runde Tische, regionale Beschäftigungspakte), in denen regional ansässige Promotoren („gatekeeper“) Moderatorenfunktionen übernehmen. Innovative Netzwerke bzw. Milieus stützen sich auch auf den Outsourcing-Ansatz: Indem Industrieunternehmen ihre Wertschöpfungstiefe verringern, sind sie stärker auf ein Netz von Kooperationsformen angewiesen, die auf eine Erweiterung und Diversifikation des Produktions- und Dienstleistungsprogramms zielen.

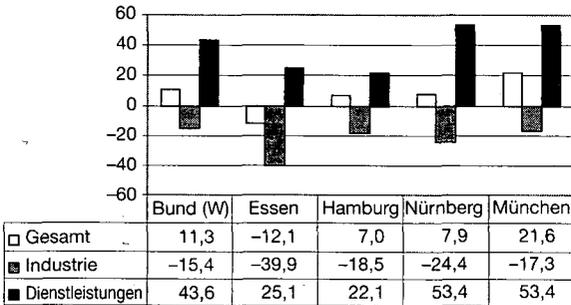
Vergleicht man die Beschäftigungsdynamik der Ballungsräume Essen und Hamburg (die im gesamten Zeitraum die schlechtesten Standortfaktoren aufwiesen) mit der von München (als einziger Ballungsregion mit einem positiven Standorteffekt) und Nürnberg (mit einem konstant niedrigen negativen Standorteffekt), deuten sich zwei unterschiedliche innovative Cluster an (Abbildungen 1 und 2): Zum einen weist Nürnberg (trotz einer mehr als doppelt so hohen Zunahme der Dienstleistungsbeschäftigung) nur einen geringfügig höheren Gesamtbeschäftigungseffekt auf als Hamburg. In Hamburg stieg - im Gegensatz zum allgemein abfallenden Trend - die Beschäftigung in den wissensintensiven Industriezweigen sogar noch leicht. Dahinter verbergen sich offenbar die erfolgreiche Industrieansiedlung und der Ausbau im Luftfahrzeugbau mit den dazugehörigen Zulieferbetrieben⁸. Gleichzeitig verlief die Beschäftigungszunahme bei wissens-

⁷ Vgl. R. Camagni (Hrsg.): *Innovation Networks. Spatial Perspectives*, Belhaven Press, London und New York 1991; M. Castells: *The Information Age. Economy, Society and Culture, Volume I: The Rise of the Network Society*, Blackwell Publishers, Cambridge, Mass. and Oxford 1996.

⁸ Die Zahl der Beschäftigten im Luftfahrzeugbau stieg in Hamburg zwischen 1977 und 1988 um 178%. In den 90er Jahren war der Luftfahrzeugbau der einzige wissensintensive Industriezweig im Ballungsraum Hamburg, der eine positive Beschäftigungsentwicklung verzeichnen konnte. Der in Hamburg starke Medienbereich wurde in der Dienstleistungstypologie den konsumbezogenen Dienstleistungen zugeordnet, hat aber sicherlich einen positiven Ausstrahlungseffekt darüber hinaus; das gleiche gilt allerdings auch für München.

⁶ Vgl. zusammenfassend zur Diskussion J. Genosko: *Netzwerke in der Regionalpolitik*, Schöner Verlag, Marburg 1999.

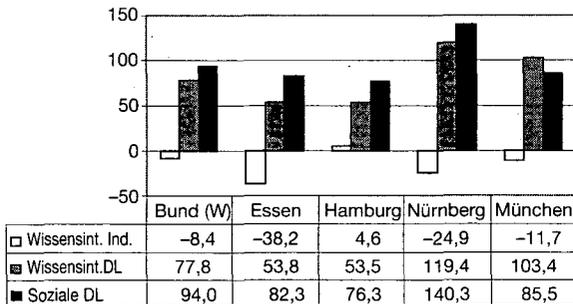
Abbildung 1
Beschäftigungsentwicklung insgesamt, im
Industrie- und Dienstleistungssektor¹ 1977-1998
 (in %)



¹ Bundesgebiet West ohne Berlin.

Datenbasis: Regionaldatenbank Arbeitsmarkt am WZB/AB.

Abbildung 2
Beschäftigungsentwicklung in wissensintensiven
Industrie- und Dienstleistungsbranchen sowie
soziale Dienstleistungen¹ 1977-1998
 (in %)



¹ Bundesgebiet West ohne Berlin.

Datenbasis: Regionaldatenbank Arbeitsmarkt am WZB/AB.

intensiven unternehmensnahen Dienstleistungen eher moderat. Nürnberg konnte dagegen seinen hohen Beschäftigungsverlust in wissensintensiven Industrien durch einen besonders starken Ausbau wissensintensiver unternehmensnaher Dienstleistungen kompensieren; maßgeblich beteiligt waren dabei die Beschäftigungsgewinne im Bereich Rechts- und Wirtschaftsberatung sowie Technische Beratung und Dienste.

Anders verlief dagegen die Entwicklung in der Ballungsregion München. Hier steht einem relativ moderaten Rückgang der Beschäftigung in den wissensintensiven Industriezweigen ein überdurchschnittlich hoher Beschäftigungszuwachs in den wissensintensiven unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen gegenüber. Besonders stark nahm dabei die Beschäftigtenzahl im Bereich der Technischen Beratung und Dienste zu: Zwischen 1977 und 1998 wuchs dort die Beschäftigtenzahl um das 3,5-fache, ein Wert, der von

keiner anderen westdeutschen Ballungsregion erreicht wurde⁹. Hamburg und München scheinen somit zwei unterschiedliche Interaktionsmuster innerhalb des regionalen Clusters innovativer Industrie- und unternehmensnaher Dienstleistungsbranchen zu verkörpern: Zum einen eine Interaktion zwischen wissensintensiver Industrie und anderen Wirtschaftszweigen mit insgesamt moderatem Zuwachs der Gesamtbeschäftigung, und zum anderen eine Interaktion zwischen wissensintensiven unternehmensnahen Dienstleistungen und anderen Wirtschaftszweigen verbunden mit einer hohen Beschäftigungsdynamik.

Fazit

Dieses Ergebnis läßt als Schlußfolgerung die Empfehlung zu, das regionalpolitische Leitbild der „industrial districts“, d.h. die These von der (innovativen) Industrie als dem entscheidenden Beschäftigungsmotor, zum Leitbild der „service-industrial districts“ zu erweitern: Innovative industrielle Kernsektoren sind auch in Zukunft gute Voraussetzungen für eine stabile Beschäftigungsentwicklung, aber Innovationen im Dienstleistungssektor dürften in Zukunft wohl die entscheidenderen Wachstumsmotoren sein. Für die Modernität des durch wissensintensive unternehmensnahe Dienstleistungen charakterisierten zweiten innovativen Clusters spricht auch die damit verbundene hohe Wachstumsdynamik sozialer Dienstleistungen. Regionale Strukturpolitik sollte sich daher auf dezentrale Kontextsteuerung konzentrieren. Das bedeutet, vorhandene Unternehmensnetzwerke insbesondere im Bereich wissensintensiver unternehmensnaher Dienstleistungen durch Infrastrukturleistungen zu unterstützen oder durch Politiknetzwerke zu etablieren helfen. Die hohe Korrelation positiver regionaler Beschäftigungsdynamik mit dem Ausbildungsstand der Beschäftigten (hier im Einzelnen nicht ausgewiesene) läßt schließen, dass dabei den Investitionen in das Humanvermögen (Bildung, Qualifizierung, lebenslanges Lernen, soziale und sprachliche Kompetenzen) eine Schlüsselrolle zukommt.

Vernetzte und vernetzende Politik lassen Fourastiés „große Hoffnung“ in gemäßigter Form nach wie vor als realistisch erscheinen. Gleichzeitig würden sie zur Lösung der Baumolschen „Kostenkrankheit“ beitragen, die vor allem für Ballungsregionen ein ernstes Problem darstellt. Im Bereich der einfachen personen- und haushaltsnahen Dienstleistungen, in denen bundesweit ebenfalls ein Defizit besteht, wird jedoch eine Verbesserung der steuer-, sozial- und lohnpolitischen Rahmenbedingungen hinzukommen müssen.

⁹ Nach der Systematik der Wirtschaftszweige stehen dahinter Architektur-, Bauingenieur- und Vermessungsbüros, sonstige Ingenieur- und technische Büros, chemische und chemotechnische Laboratorien.